



Eingangsbereich der Notasylunterkunft des Bundes an der Talstrasse in Steckborn.

Bild: Samuel Koch

Wirren um Website und Wortwechsel

Gegner der Notasylunterkunft Steckborn wehren sich gegen Vorwürfe, während Nationalrat Pascal Schmid beim Bundesrat vorstellig wird.

Samuel Koch

Reisserisch, Stimmungsmache und eine Schande für Steckborn. So betitelt eine Steckbornerin die neue Website der Interessengemeinschaft (IG) Anwohner Asylunterkunft, die seit wenigen Tagen online gegangen ist. Weiter schreibt die Einwohnerin: «Es ist für mich rassistisch, Menschen, die friedlich die Strasse lang gehen, als Problembezeichnung zu zeigen.» Abgedruckt ist diese Meinung in der aktuellsten Ausgabe der Steckborner Lokalzeitung «Bote vom Untersee und Rhein». Der Leserbrief ist eine Reaktion auf eine Meldung der Notasylunterkunft-Gegner, dass ihre eigene Website www.ig-asyl-steckborn.ch aufgeschaltet worden sei.

Noch viel kontroverser über die Website diskutiert wird in der Steckborner Facebook-Gruppe. Jemand bezeichnet die IG-Vertreter als renitente Menschen. Die suboptimalen Zustände in der umstrittenen Notasylunterkunft an der Talstrasse seien «kein Freipass, alle an den Pranger zu stellen, Videos und Fotos von diesen Personen zu veröffentlichen und den Rechtsstaat damit zu umgehen». Jemand anderes schämt sich für Steckborn.

Über Vorwürfe lacht man bei der IG Anwohner Notasylunterkunft nur. Sie verfolgt das Ziel, den bestehenden Mietvertrag der Zivilschutzanlage der Stadt Steckborn mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) per Ende Februar als nächstmöglichen Termin mit sechsmonatiger Kündigungsfrist zu beenden. Dazu hat die IG erfolgreich eine Initiative eingereicht, welche

am 15. Februar in einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung gipfelt.

«Rechtssicherheit im Quartier wiederherstellen»

Dann entscheidet das Steckborner Stimmvolk über die Kündigung des Mietvertrages. Aktiv geworden ist die IG im vergangenen Jahr, als die Notasylunterkunft wegen der zunehmenden Flüchtlingswelle erstmals genutzt wurde und immer mehr Schlagzeilen wegen Problemen wie Pöbeleien oder Diebstähle die Runde machten. Auf der Website schreiben die IG-Vertreter unter anderem: «Wir werden alle Schritte unternehmen, inklusive rechtlicher Schritte, um die teils strafbaren Handlungen zu ahnden, die Rechtssicherheit im Quartier wiederherzustellen, die Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen und die Anlage zu schliessen.»

Zu delinquentem Verhalten hat die IG auf ihrer Website – wie oft schon von Kritikern verlangt – mutmassliches Beweismaterial gestellt. Zu sehen sind Fotos von Asylsuchenden. Unter zwei Fotos stehen Untertitel, deren Inhalt auf den Fotos nicht zu sehen sind und sich nicht beweisen lassen. Wie jemand, der auf die Strasse uriniert haben soll. IG-Mitglied Michael Meni sagt dazu, dass es Vorkommnisse gebe, welche aus Pietätsgründen lieber nicht dokumentiert würden. Und: «Das sind Dinge, welche die Anwohner erleben.» Auf Videos sind Einbruchversuche in Autos zu sehen. Zudem gibt es Bilder von Einsätzen von Blaulichtorganisationen vor Ort. Für Meni sei immer klar gewesen, dass die IG das Verspre-

chen, Beweise vorzulegen, erfüllen wolle. Das habe man mit der Publikation der Website getan.

Zwar gibt es auch in Nesslau SG und Aesch BL Bürgerinitiativen gegen Asylunterkünfte. In Steckborn aber könnte Mitte Februar mit einem Ja für die Kündigung des Mietvertrages ein Schweizer Novum eintreffen. Einen Imageschaden für Steckborn sieht Meni nicht. Er sagt: «Wir müssen die Augen aufmachen! Und mir sagen auch Leute, dass endlich mal jemand aufsteht.»

Steckborn sei das kleine galiläische Dorf, das sich gegen eine menschenunwürdige Asylpolitik zur Wehr setzt.

Verfünfachung von Autoeinbrüchen

Auf der Website ist ebenfalls ein Video von SVP-Nationalrat Pascal Schmid zu sehen, der in Bundesbern kurz vor Weihnachten einen Vorstoss mit dem Titel «Einbruch-Hotspot Ostschweiz» einreichte. Im Video sagt Schmid: «Das ist etwas, das wir nicht hinnehmen können und müssen.»

Im Thurgau sind letztes Jahr bis Ende November 1023 Einbrüche in und Diebstähle aus

Fahrzeugen verzeichnet, zitiert Schmid aus der kantonalen Kriminalstatistik. «Das ist eine Verfünfachung gegenüber dem Jahr 2020», moniert Schmid mit dem Hinweis, dass neun von zehn Tätern junge Nordafrikaner seien, «meist aus Bundesasylzentren».

Deshalb wollte er vom Bundesrat wissen, welche Massnahmen ergriffen werden, «um die Missstände zu bekämpfen». Der Bundesrat hat wenige Tage später geantwortet, dass er die mögliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ernst nehme. Für deren Gewährleistung seien die kantonalen Behörden, für Bundesasylzentren hingegen sei das SEM verantwortlich. «Um die Massnahmen der verschiedenen betroffenen Behörden bestmöglich aufeinander abzustimmen, arbeitet das SEM eng mit diesen zusammen.»

Das SEM stellt zudem Aussenpatrouillen mit primär präventiver Wirkung, wie das auch in Steckborn gehandhabt wird. Zudem habe das SEM im Kampf gegen delinquente Asylsuchende ein Gewaltpräventionskonzept erarbeitet und setze in Asylzentren Konfliktpräventionsbetreuende ein.

Unzufrieden mit Antwort des Bundesrates

Mit dieser Antwort zeigt sich Schmid nicht zufrieden. Er sagt: «Wir haben im Asylbereich ein gewaltiges Problem. Und der Bund löst es nicht.» Schmid ortet einen Vollzugsstau im Asylwesen. Es brauche nicht noch mehr Präventionskonzepte und Betreuer, sondern härtere Strafen. Kriminelle Asylsuchende

hätten in der Schweiz nichts verlohren, der Schutz der eigenen Bevölkerung gehe vor.

Die Geschehnisse rund um die Notasylunterkunft in Steckborn kennt Schmid aus der TZ. Die umstrittene Website der IG habe er zwar gesehen. Dazu äussern will er sich aber ebenso wenig wie zur Frage, ob der Vertrag zwischen der Stadt und dem SEM gekündigt werden soll. Er sagt: «Das ist eine lokale Angelegenheit, dazu möchte ich keinen Kommentar abgeben.»

Ob er die IG-Vertreter, welche er persönlich kenne, als Anwalt vertritt, möchte Schmid auch nicht sagen. Er halte sich ans Anwaltsgeheimnis. Und er sagt: «Ich habe grosses Verständnis für die Bevölkerung in Steckborn.»

Die Website der IG als problematisch bezeichnet die Thurgauer Justizdirektorin Cornelia Komposch. Mit den Videos sei eben nicht belegbar, dass es sich bei den Personen tatsächlich um Asylsuchende aus der Zivilschutzanlage Steckborn handelt. Sie sagt: «Es gibt bisher keinen sprunghaften Anstieg von Anzeigen wegen krimineller Taten in Steckborn.» Gleichzeitig will Komposch nicht negieren, dass die lang leer gestandene

Notasylunterkunft Herausforderungen wie Pöbeleien oder Littering mit sich bringt. Und falls es doch zu kriminellem Verhalten komme, appelliert Komposch an die Bevölkerung, im Fall der Fälle Anzeige zu erstatten. An der Versammlung am 15. Februar will Komposch teilnehmen, einerseits als Regierungsrätin zusammen mit Camillus Guhl, Leiter Migrationsamt, und allenfalls Polizeikommandant Jürg Zingg, andererseits aber auch als Stimmbürgerin.

Stadtkasernen-Idee in Richtung Frauenfeld

Unter dem Register Gedanken schreiben die IG-Mitglieder unter anderem auf ihrer Website über den Auszug des Militärs aus der Frauenfelder Stadtkaserne. «Wieso nicht mit Asylanten aus Steckborn füllen?», stellen sie die Frage. Die Stadt Frauenfeld hat die Kaserne im Stadtzentrum vor wenigen Wochen im Baurecht übernommen.

Justizdirektorin Komposch äussert sich dazu nur, dass dies in Zusammenarbeit zwischen dem SEM und der Stadt erfolgen könnte. Ausserdem betreibe die Stadt an der Häberlin- und Hummelstrasse bereits grosse Asylunterkünfte.

Zur Idee aus Steckborn äussert sich auch Frauenfelds Stadtpräsident Anders Stokholm. Eine Anfrage, die ohnehin abgelehnt werden würde, sei bisher nicht bei der Stadt eingetroffen. Weiter schreibt er, dass «die Stadt ihren Anteil an der Unterbringung von Flüchtlingen bereits zur Genüge leistet». Und er meint: «Zudem ist die Kaserne leer geräumt.»



Pascal Schmid, SVP-Nationalrat aus Weinfelden. Bild: Arthur Gamsa



Cornelia Komposch, SP-Regierungsrätin. Bild: Thi My Lien Nguyen